Liebe Kolleg*innen, liebe Gäste,

die Rechtsentwicklung in Deutschland hat im letzten Jahr durch die von Pistorius geforderte Herstellung von „Kriegstüchtigkeit“ weiter Fahrt aufgenommen. Wie reagieren laut Shell-Jugendstudie 2024 die befragten jungen Menschen zwischen zwölf und 25 Jahren hierauf?

„Eine deutliche Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland hat Angst vor einem Krieg in Europa. Das geht aus der der neuen Shell-Jugendstudie hervor. Für rund 81 Prozent der Befragten ist dies die größte Sorge - im Jahr 2019 waren es noch 46 Prozent.

Auf Platz zwei liegt mit 67 Prozent die Angst vor Armut (2019: 52 Prozent). Platz drei teilen sich mit jeweils 64 Prozent die Sorge vor Umweltverschmutzung (zuvor 71 Prozent) sowie die Angst vor einer wachsenden Feindseligkeit zwischen den Menschen (zuvor 56 Prozent).“[1]

Welche internationalen Verhältnisse liegen diesen Ängsten zugrunde. Zum Aufschwung der politischen Rechten in den Kapitalmetropolen des Westens erhielt ich Letzte Woche zwei Korrespondenzen aus den USA, die, zu folgender Einschätzung kommen:

„Wenn man auf die Ereignisse von 1991 bis 1993 und die darauffolgenden zurückblickt, wird deutlich, dass die USA entschlossen waren, Russlands Bestrebungen nach einer friedlichen und auf gegenseitigem Respekt beruhenden Integration Russlands und des Westens abzulehnen. Das Ende der Sowjetära und der Beginn der Präsidentschaft Jelzins führten dazu, dass die Neokonservativen (Neocons) in den USA an die Macht kamen. Die Neocons wollten und wollen kein auf gegenseitigem Respekt beruhendes Verhältnis zu Russland. Sie strebten und streben bis heute eine unipolare Welt unter der Führung der hegemonialen USA an, in der Russland und andere Nationen unterwürfig sind.

In dieser von den USA angeführten Weltordnung, so die Vorstellung der Neokonservativen, würden die USA und nur die USA über die Nutzung des auf dem Dollar basierenden Bankensystems, die Platzierung von US-Militärbasen im Ausland, den Umfang der NATO-Mitgliedschaft und die Stationierung von US-Raketensystemen bestimmen, ohne dass andere Länder, darunter sicherlich auch Russland, ein Veto oder Mitspracherecht hätten. Diese arrogante Außenpolitik hat zu mehreren Kriegen und zu einem immer tieferen Bruch in den Beziehungen zwischen dem von den USA angeführten Staatenblock und dem Rest der Welt geführt. Als Berater Russlands erlebte ich zwei Jahre lang, von Ende 1991 bis Ende 1993, die frühen Tage des Neokonservatismus in Russland aus erster Hand, obwohl es noch viele Jahre dauern sollte, bis ich das volle Ausmaß der neuen und gefährlichen Wende in der US-Außenpolitik erkannte, die Anfang der 1990er Jahre begann.“[2]

Die zweite Einschätzung betrifft die US-Wahlen am 05. November:

„Bei den Wahlen muss man sich zwischen der Macht der Konzerne und der der Oligarchen entscheiden. Die Macht der Konzerne braucht Stabilität und eine technokratische Regierung.

[1] Angst vor Krieg nimmt unter jungen Menschen zu | tagesschau.de *Stand: 15.10.2024 12:01 Uhr*

[2] https://www-racket-news.translate.goog/p/a-true-shock-economist-jeffrey-sachs?utm_source=substack&publication_id=1042&post_id=148486564&utm_medium=email&utm_content=share&utm_campaign=email-share&triggerShare=true&isFreemail=false&r=1cd63&triedRedirect=true&_x_tr_sl=en&_x_tr_tl=de&_x_tr_hl=de&_x_tr_pto=sc&_x_tr_hist=true

Die Macht der Oligarchen lebt vom Chaos und, wie Steve Bannon sagt, von der `Dekonstruktion des Verwaltungsstaates´. Keine der beiden Formen ist demokratisch."[3]

Gründe für den Wahlerfolg der extremen Rechten in Deutschland untersuchen wir morgen im Workshop 3.

Die 16. Braunschweiger Gramsci-Tage hatten sich vorgenommen zu analysieren, wo sich der Kapitalismus in seiner Dauerkrise befindet, um Perspektiven und deren Umsetzungschancen für eine sozialistische Alternative zu diskutieren.

Heute und morgen untersuchen wir mögliche Ansatzpunkte für revolutionäre Reformpolitik, um Gegenwehr für eine Wende für Frieden und sozialökologische Verbesserungen einzuleiten, denn „die Angst vor einem Krieg in Europa ist unter jungen Menschen in Deutschland deutlich gewachsen. Das zeigt die neue Shell-Jugendstudie. In ihre persönliche Zukunft blickt eine Mehrheit der Befragten aber mit Zuversicht."[4]

„tagesschau24: Es gibt das Vorurteil, junge Menschen würden sich nicht für Politik interessieren. Ihre Studie sagt da etwas anderes.

Albert: Wir sehen eine breite Politisierung. Es ist ein langfristiger Trend, dass das politische Interesse der Jugendlichen zunimmt. Was neu ist, ist, dass erstmals genauso viele weibliche Jugendliche politisch interessiert sind wie männliche Jugendliche. Die Jugendlichen sagen, dass sie sich mehr als noch vor einigen Jahren über Politik informieren, also insgesamt auf breiter Front ein Politisierungstrend."[5]

Ängste und Optimismus ernst nehmen, die Menschen stärken, Klarheit durch wissenschaftlich belegte Erkenntnisse schaffen und durch gemeinsame politische Aktionen Verbesserungen umsetzen, dieses Prinzip dokumentierte der Film „Niemals allein, immer gemeinsam" zum Auftakt der 17. Gramsci-Tage im Universum, am Beispiel von fünf jungen Menschen aus Berlin. Sie sind in verschiedenen politischen Zusammenhängen aktiv. Deutlich wird in diesem Film auch: „Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun".

Im Februar 2022 forderte die Bundesbildungsministerin Schulen sollten vermehrt Jugendoffiziere der Bundeswehr einladen, „um Kindern den Krieg und die deutsche Sicherheitspolitik zu erläutern. Im Mai dieses Jahres legte sie nach: Schulen sollten Kinder auf einen möglichen Kriegsfall vorbereiten, Zivilschutzübungen einführen und ein `unverkrampftes Verhältnis zur Bundeswehr´ entwickeln; Hochschulen müssten sich zudem für Militärforschung öffnen."[6]

„Der aktuelle `Jahresbericht der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere 2023´weist 5.499 Veranstaltungen der Bundeswehr aus. Die überwiegende Zahl der Vorträge wurde an Schulen gehalten. Knapp 122.000 Schülerinnen und Schüler sowie Studierende sind erreicht worden. Außerdem über 36.000 `Multiplikatorinnen und Multiplikatoren´ aus dem Schulbereich und Schulbehörden. Die Bundeswehr verfügt aktuell über 94 hauptamtliche Dienstposten für

[3] https://scheerpost-com.translate.goog/2024/10/18/chris-hedges-the-choice-this-election-is-between-corporate-and-oligarchic-power/?_x_tr_sl=en&_x_tr_tl=de&_x_tr_hl=de&_x_tr_pto=sc
[4] Angst vor Krieg nimmt unter jungen Menschen zu | tagesschau.de *Stand: 15.10.2024 12:01 Uhr*
[5] Interview zu Shell-Jugendstudie: "Ein gewisses Grundvertrauen in die Gesellschaft" | tagesschau.de
[6] Hauptvorstand der GEW in Erziehung und Wissenschaft 9/2024, Seite 28 (im folgenden Text E&W-9/24)

Jugendoffiziere, die für Unterrichtsgespräche geschult werden. Hinzu kommen mehrere Hundert Karriereberaterinnen und -berater, für die … auch die Abschlussklassen geöffnet werden sollen. Von solch einer Reichweite können andere gesellschaftliche Gruppen – zum Beispiel die Friedenspädagogik und -politik – nur träumen."[7] Friedensbildung an Schulen fristet ein Schattendasein. Der Bundesverteidigungsminister erläuterte im 2023er-Jahresbericht, dass die Jugendoffiziere*innen mit „ihrer Arbeit zu mehr Information und Mündigkeit verhelfen würden. Information ist aber nicht gleich Mündigkeit. Politische Bildung gehört in die Hände der dafür ausgebildeten Lehrkräfte. … Laut Koalitionsvertrag der Ampelregierung sollen die Ausbildung und der Dienst an der Waffe erst ab 18 Jahren möglich sein. Deutschland gehört weltweit zu einer Minderheit von 46 Staaten, die Minderjährige für das Militär anwerben: 151 Länder verzichten darauf. Im vergangenen Jahr wurden … knapp 2.000 Minderjährige rekrutiert, … Verbunden damit ist eine zunehmende Werbung fürs Militär bei Minderjährigen," … Das „verstößt gegen die Kinderrechte der Vereinten Nationen (UN), worauf der UN-Kinderrechtsausschuss und die Kinderkommission des Bundestages seit langem hinweisen. Die GEW engagiert sich daher seit Jahren – gemeinsam mit Friedens- und Kinderrechtsorganisationen – dafür, Minderjährige vor Bundeswehrwerbung zu schützen und das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben (www.unter18nie.de).

Die GEW spricht sich zudem für den Erhalt von Zivilklauseln aus und unterstützt entsprechende Initiativen."[8]

Ich wünsche den 17. Gramsci-Tagen 2024 einen guten Verlauf, euch intensive Diskussionen, neue Erkenntnisse, eine erfolgreiche Vernetzungsarbeit und konkrete Verabredungen für fortschrittliche Projekte.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Jürgen Reuter 25.10.2024

[7] E&W-9/24, S 30
[8] E&W-9/24, S 30